

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Allg. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt. Amtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt.

Bezugspreis: Bei der Post und den Agenten bezogen vierteljährlich 12 M., 6 M., in Altschwarz 12 M. Anzeigenpreis: Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 50 Hg., die Restzeile 1 M., 50 Hg. Winkelspalt bei Nichtrechnung der Zeitung insoweit höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Befreiung. Betrag eines Auftrags 2 M. Bei Wiederholungen Rabatt. Bei Zahlungsverzug ist der Rabatt hinfällig.

Nr. 98.

Altensteig, Mittwoch den 27. April.

Jahrgang 1921.

Die zweite Note an Amerika.

Die neuen Entschädigungsvorschläge.

Berlin, 26. April.

Dem stellvertretenden amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ist am 24. April eine Note übergeben worden, in der sich Deutschland bereit erklärt, zum Zweck der Entschädigung eine Gesamtverpflichtung von 50 Milliarden Goldmark gegenwärtigwert anzuerkennen. Deutschland ist auch bereit, den Wert dieser Summe in jährlichen Leistungen, die seiner Leistungsfähigkeit angepaßt sind, zum Gesamtbetrag von 200 Milliarden Goldmark zu zahlen. Deutschland will seine Zahlungsverpflichtung in nachstehender Form regeln:

Deutschland nimmt sofort eine internationale Anleihe auf. Es wird sich selbst an dieser Anleihe beteiligen. Der Ertrag der Anleihe wird den Verbänden zur Verfügung gestellt. Den Betrag der zu bezahlenden Summe, der durch die internationale Anleihe nicht gedeckt ist, wird Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit verzinsen und abzahlen. Deutschland hält hierfür zur Zeit nur eine Verzinsung von 4 Prozent jährlich für möglich. Deutschland ist bereit, die beteiligten Mächte an einer Besserung seiner finanziellen und wirtschaftlichen Lage teilzunehmen zu lassen.

Um die Restsumme möglichst rasch abzutragen, will Deutschland sich mit aller Kraft an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete beteiligen. Zum gleichen Zweck ist Deutschland bereit, nach einem möglichst rein kaufmännischen Vertrag Sachleistung für die geschädigten Staaten zu übernehmen. Deutschland ist ferner bereit, der Wiederherstellungskommission alsbald den Betrag von 1 Milliarde Goldmark in folgender Form zur Verfügung zu stellen: a) 150 Millionen Goldmark in Form von Gold, Silber und Devisen; b) 850 Millionen Goldmark in Reichsschatzwechseln, die längstens innerhalb 3 Monaten in Devisen und ausländischen Wertpapieren eingelöst werden.

Gegebenenfalls würde Deutschland willens sein, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Verpflichtungen der Verbündeten aus ihrem Schuldverhältnis zu den Vereinigten Staaten auf sich zu nehmen. Deutschland schlägt vor, daß über die Art und Weise, wie die deutschen Leistungen zu Wiederaufbauzwecken auf die deutsche Gesamtschuld anzurechnen sind, insbesondere über die Festsetzung der Preise und Werte unter Hinzuziehung von Sachverständigen verhandelt wird. Deutschland würde bereit sein, den Geldgebern aus öffentlichem Eigentum und öffentlichen Einkünften jede erforderliche Garantie zu geben.

Mit der Annahme dieses Vorschlags erlöschen sämtliche anderen Verpflichtungen Deutschlands zu Entschädigungen. Auch ist das deutsche Privatvermögen im Ausland frei. Deutschland hält seine Vorschläge für durchführbar, wenn das System der Sanktionen alsbald aufgehört, die gegenwärtige Grundgröße der deutschen Produktion nicht noch weiter verringert, die deutsche Wirtschaft zum freien Weltverkehr zugelassen und von unproduktiven Ausgaben (Bewegung, Ueberwachung usw. d. Schz.) entlastet wird. Deutschland verpflichtet sich, die gutachtliche Entscheidung einer internationalen Sachverständigenkommission über seine Leistungsfähigkeit als bindend anzuerkennen. Die deutsche Regierung erklärt sich bereit, Vorschläge der amerikanischen Regierung bereitwillig entgegen zu nehmen.

Eine Erklärung des Ministers Simons.

Berlin, 26. April.

Nach Erledigung einiger Anfragen wird die Besprechung der Interpellationen über die auswärtige Politik fortgesetzt. Minister Simons verliest den Wortlaut der Note an die amerikanische Regierung und geht dann auf die Entwicklung der Entschädigungsfrage ein. Neue Verhandlungen nach London wurden durch die Entente erschwert. Aber es mußte ein Weg dafür gefunden werden. Frankreich möchte das Hauptgewicht auf die Geldzahlungen legen, wodurch natürlich der Wiederaufbau um sehr verteuert wird. Die Pläne der freien Gewerkschaften können erst nach einer Verständigung mit den fremden Regierungen

durchgeführt werden. Der zweite Plan bietet eine im Reichsfinanzministerium ausgearbeitete internationale Anleihe, die auch zugleich unseren eigenen Geldbedürfnissen abhelfen soll. Dazu mußte ich mit den Ententeregierungen neue Verhandlungen einleiten. Eine Vermittlung neutraler Regierungen habe ich nicht nachgeholt. Was uns aus Frankreich entgegensteht, war nicht ermutigend. Deshalb habe ich mich während meines Schweizer Aufenthalts auf die bekannte Unterredung (mit Sauerwein) eingelassen, um den Eindruck in Frankreich zu zerstreuen, als seien wir unwillige Zuhörer. Neu in der Unterredung war nur der Satz, daß ich keinem Kabinett angehören wollte, das in der Entschädigungsfrage nicht bis an die äußerste Grenze gehe. Diese Forderung bezog sich aber nicht auf das augenblickliche Kabinett, sondern auf ein beliebiges Kabinett der Zukunft. Der Weg über Amerika schien der beste. Eine neutrale Macht bot sich uns an, uns den Weg nach Amerika zu ebnen. Das habe ich ohne Bedenken angenommen. Was den Vertrauensbruch einer Zeitung anbelangt, der an Landesrat grenzt, so habe ich bisher, um nicht etwa eine fremde Macht in Verlegenheit zu bringen, von einer Verfolgung der Sache Abstand genommen, werde jetzt aber entsprechende Schritte einleiten. Der Schritt der Amerika war unangehörig, aber ein Staat, der sich selbst auf den Boden des Schiedsgerichts stellt, eignet sich am besten zum Schiedsrichter. Wir haben nicht Amerika selbst angerufen, sondern die Instanz der Gerechtigkeit. Ist das eine Würdelosigkeit? (Zurufe rechts: ja! Zurufe im Zentrum und von links: nein!) Die Gerechtigkeit wird die Berechtigung meines Standpunktes anerkennen. Die Verantwortung war groß; das Kabinett hat sie übernommen und ich muß sie tragen. Nachdem nun Präsident Harding wohl das Schiedsgericht abgelehnt, aber sich zu einer Vermittlung bereit gefunden hat, mußte auch der zweite Schritt getan werden. Bisher sind allerdings noch keine Rückfragen von amerikanischer Seite an uns gelangt. Wir könnten der deutschen Produktion keine neuen Sorgen mehr anlegen. Sollten wir uns übersehen haben, so soll die Ziffer 4 der Note für eine Berechnungsmöglichkeit Vorsorge treffen. Was wir bisher geleistet haben, soll durch ein Schiedsgericht festgestellt werden. Auf dem Boden der Pariser Forderungen ist die Genesung Europas nicht möglich. Deutschland allein kann nicht die Kriegsschulden der ganzen Welt tragen. Nur eine allgemeine internationale Wirtschaftskongress wird die Schwierigkeiten aus der Welt schaffen können. Sollte die amerikanische Vermittlung scheitern, so wird unter Volk auch darüber hinwegkommen und auch die Sanktionen ertragen. Und wenn wir 40 Jahre durch die Wüste gehen müssen, wir werden schließlich doch in das Land der Freiheit gelangen.

Präsident Lodge teilt mit, zwei Fraktionen hätten den Wunsch geäußert, die Debatte zu vertagen. In der Abstimmung wird die Vertagung gegen die äußerste Linie beschloffen. — Morgen Mittag 1 Uhr Weiterberatung. Schluß 7:45 Uhr.

Der 1. Mai 1921.

Am 20. Juli 1889 hat der in Paris tagende erste Kongress der neuen Internationale beschlossen, daß künftig die Arbeiter aller Länder den 1. Mai zu einer Kundgebung für die Erreichung des achtstündigen Arbeitstags benutzen sollen. Zwei Jahre später, auf der Tagung in Zürich wurde die Kundgebung ausgedehnt auf den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung, gegen die militärischen Rüstungen und für den Weltfrieden. Seit drei Jahrzehnten hat die sozialistische Arbeiterschaft diesen Maiestag in allen Ländern durchgeführt, bald bescheiden, bald mit großem Aufwand, mit oder ohne Unruhen, und die nichtsozialistische Bevölkerung hatte sich unter Aufrechterhaltung ihres grundsätzlichen Widerspruchs, praktisch mehr oder weniger damit abgefunden. Am 15. April des Jahres 1919 aber wurde dieser Arbeitertag, dessen ursprünglicher Zweck, der Achtstundentag, inzwischen erreicht war, durch Beschluß der Nationalversammlung in Weimar zum gesetzlichen Feiertag im Deutschen Reich erhoben. „Es wird“, so lautete der von Paner (Demokrat) und Müller (Sozialist) eingebrachte und mit 161 gegen 86 Stimmen bei 10 Enthaltungen angenommene Antrag, „ein allgemeiner Feiertag eingeführt, der dem Gedanken des Weltfriedens, des Völkerverbundes und des internationalen Arbeiterschutzes geweiht ist, und für den der Charakter eines Weltfeiertags erstrebt wird.“

In wenigen Tagen kehrt der erste Mai wieder. Seit Wochen hallt es davon durch die politische Welt; aber es ist kein Hall des Friedens und der Völkervereinigung, sondern des Krieges im Frieden, der Gewaltpolitik gegen das deutsche Volk, und die internationale Solidarität hat dabei eine so schwache Stimme, daß sie von den ziellosen Wortkannonen und dem Säbelraseln der Franzosen völlig überleutet wird. Was ist es mit diesem ersten Mai des Jahres 1921? Unsere Gegner aus dem großen Krieg haben uns darauf vorbereitet; sie haben den Tag gar nicht erst abgewartet, um uns mit neuem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zwang zu bedrücken. Und der erste Mai soll ihnen die Bollendung bringen. Warum wälen sie gegen

uns? Angeblich deshalb, weil wir die Bedingungen des Versailles Vertrags „nicht ausgeführt“ haben. Tatsächlich hat Deutschland zur Ausführung dieser Bedingungen Angeheures geleistet. Da noch dieser Tage der militärische Lieberwahngauschuss des Verbands anerkannt hat, daß die Entwaffnung, die einen kritischen Punkt bildet, befriedigend vor sich geht, so bleibt als einziger ernsthafter — von der deutschen Regierung aber angefochtener — Widerspruchgrund nur, daß die Leistung von 20 Milliarden Goldmark (in Gold, Waren, Schiffen, Wertpapieren oder anderweitig) noch nicht erfüllt ist, wie sie es spätestens bis Ende April sein sollte. Daß das gute Gewissen dabei auf unserer Seite ist, dafür zeugt der Vorschlag, die Frage durch ein Schiedsgericht prüfen und entscheiden zu lassen. Wenngleich zuletzt in London über die Höhe der Gesamtentschädigung verhandelt wurde, und wenn wir uns geweigert haben, die vorher auf der Pariser Konferenz beschlossenen Forderungen anzuerkennen, so kann das nach dem Friedensvertrag selbst kein Anlaß zu irgendwelchen Strafmaßnahmen sein. „Die Beschlüsse des Wiederherstellungsausschusses“, so besagt der Artikel 233 des Vertrags, „über den Betrag der Schäden werden spätestens am 1. Mai 1921 aufgesetzt und der deutschen Regierung als Gesamtbetrag ihrer Verpflichtungen bekanntgegeben. Bis dahin aber haben wir auf Grund des Vertrags keine Verpflichtung und nicht einmal die Möglichkeit, eine Gesamtforderung anzunehmen oder abzulehnen. Die Berechtigung dieser Auffassung wird mittlerweile gerade dadurch erwiesen, daß die Gegner selbst sich mit ihrer Drohpolitik auf den 1. Mai einrichten. Aber sie konnten diesen Tag nicht abwarten, und kein Hinweis auf die Vertragswidrigkeit des Vorgehens vermochte ihre Ungebild zu zügeln. Insbesondere haben sie sich nicht geschämt, dem Rheinland die schwersten Schädigungen aufzuerlegen, indem sie den Artikel 270, der ihnen die Einführung einer eigenen Zollordnung anheim gibt, „um die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung dieses Gebiets zu wahren“, in sein Gegenteil verkehrten. Ebenso denken sie auch den Sinn des Weltfeiertags vom 1. Mai zu entstellen; der Geist des Friedens soll verleugnet, die weltwirtschaftliche Interessenverflechtung mißachtet, der Verständigungswille zurückgewiesen werden.

So wollen es wenigstens die Machthaber Frankreichs

Neues vom Tage.

Bedenklicher Irrtum.

Berlin, 26. April. Der Wiederherstellungsausschuss in Paris hat die Reichsregierung darauf aufmerksam gemacht, daß in den Listen der ausgelieferten Handelsschiffe, nach denen 4 600 000 Tonnen im Gesamtbetrag von 7 Milliarden abgegeben worden sein sollen, 700 000 Tonnen zu viel angedreht seien. Dieser Irrtum wurde deutscherseits anerkannt. Ferner seien, nach der Mitteilung der Kommission, 1 800 000 Tonnen angerechnet, die von den Verbündeten während des Kriegs beschlagnahmt wurden. Diese Schiffe dürfen aber nicht zu den ablieferungspflichtigen gezählt werden.

Abschiebung der Russen.

Berlin, 26. April. Durch die Ratifizierung des russisch-polnischen Friedensvertrags ist jetzt die Reichsregierung in den Stand gesetzt, die noch in Deutschland befindlichen rund 45 000 internierten Russen in ihre Heimat zu entlassen. Der erste Transport verließ Stettin gestern abend.

Süddeutscher Landwirtschaftskammertag.

München, 26. April. Hier traten gestern zum ersten Mal Vertreter der Landwirtschaftskammern von Bayern, Württemberg, Baden und Pommern zusammen. In den Beratungen wurde u. a. zur Veranlagung zur Reichseinkommensteuer einstimmig die Forderung beschlossen, daß es auch der Landwirtschaft gestatten sein müsse, für die während des Kriegs und der langen Zwangswirtschaft veräußerten Viehbestände und nicht eingängigen Inventargegenstände Rücklagen zu machen. Dem Steuerpflichtigen soll die Möglichkeit gegeben sein, bei der Veranlagung die verschiedenen Ergebnisse der in Betracht kommenden Wirtschaftsjahre gegeneinander auszugleichen. Die Finanzämter halten sich bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer vielfach nicht an die gesetzliche Grundlage, wonach der Ertragswert bei der Veranlagung der Grundstücke in Hermann an sieben ist

Stuttgart, 26. April. (Auflösung einer Be-
hörde.) Die Abteilung für soziale Volkswohlfahrt beim
Arbeitsministerium wurde aufgelöst. Die Haupt-
aufsicht der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen-
fürsorge bildet nunmehr eine selbständige Landesstelle beim
Arbeitsministerium.

Stuttgart, 26. April. Der Kaufmann Hermann Feuch-
t von Bodnang hat in einer hiesigen Eisenhandlung nach
und nach für etwa 20 000 Mark Eisenwaren entwendet,
wofür er von dem Schmied Jakob Kempp in Kallental
ein „Darlehen“ von 4000 Mark erhielt. Feucht wurde
zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis, Kempp zu 1 Jahr
Gefängnis verurteilt.

Auf der Erpreßgüterstelle in Heilbronn sahl der 27
Jahre alte Eisenbahnpraktikant Max Seyfried von
Korbhettlen, O.M. Dorb, während des Dienstes Waren im
Wert von etwa 20 000 Mark. Das Schwurgericht er-
kannte auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren und häh-
rige Unfähigkeit zur Bekleidung eines öffentlichen Amtes.

Der Kanalarbeiter Raimarkl (Bieh-, Schweine-,
Kübel- und Holzmarkt) sahl am Dienstag, den 3. Mai,
auf dem Sailerwägen statt.

Stuttgart, 26. April. (Verkehr.) Zwischen Deger-
loch und Stellingen soll ein Personenkraftwagen-
und Güterverkehr eingerichtet werden, weiter ein Benzenver-
kehr zwischen Keimnat und Neumaden. Zu diesem Zweck
soll eine Kraftwagen-Gesellschaft gegründet werden. Der
Beiratsrat hat beschlossen, das Projekt zu unterstützen.
Der Fahrpreis soll pro Person und Kilometer 50 Pig.
betragen.

Heilbronn, 26. April. (Versicherungsbetrug.)
Vor dem hiesigen Schwurgericht stand der Schnei-
dermeister Schick von Redarjalm und sein Gehilfe Karl
Seig wegen Versicherungsbetrugs. Im Februar d. J.
brach bei Schick unter verdächtigen Umständen Feuer aus,
das Kleiderstoffe beschädigte. Wenige Monate vorher hatte
Schick seine Versicherung von 8000 auf 100 000 M.
erhöhen lassen. Die Geschworenen bejahten die Schuld-
frage: das Gericht verurteilte Schick zu 1 Jahr, Seig
zu 8 Monaten Gefängnis und je 3 Jahren Ehrverlust
sowie 1500 M. Geldstrafe für Schick.

Frauenzimmern, O.M. Bradenheim, 26. April.
(Glockenstichtung.) Der Fabrikant Louis Berger
in Boston stiftete zu Ehren seiner verstorbenen Mutter,
einer Tochter des um 1830 hier amtierenden Schul-
besizers Pfugfelder, 25 000 M. für eine neue Kircheng-
locke.

Heidenheim, 26. April. (Verhafteter Geld-
dieb.) Die Stuttgarter Kriminalpolizei hat den 24
Jahre alten Fabrikarbeiter Leonhard Sunilius von
Söhlmetten festgenommen. Er hat vor einigen Tagen bei
einem Bauern in Guffensstadt 21 000 M. gestohlen. Das
Geld ist bis auf einen kleinen Rest verbraucht.

Ausgebung der württ. Zeitungsverleger.

Die Papierverwertung, die neuerdings wieder über die
deutschen Zeitungen hereingebrochen ist, beschäftigt am
24. April eine aus allen Teilen Württembergs außer-
ordentlich stark besuchte Zeitungsverleger-Versammlung in
Stuttgart. Die zahlreichen Herausgeber der Zeitungen
aller Parteien sahen einmütig folgenden Beschluß:

Die neuerliche überaus einsetzende große Steige-
rung der Papierpreise trifft die Lebensfähigkeit der Zei-
tungen in der bedenklichsten Weise. Zur Abwehr muß auf
Erhöhung der Bezugs- und Anzeigenpreise zurückgegrif-
fen werden, weil alle anderen Mittel versagen oder unzu-
reichend sind und weil die durch vielerlei Anforderungen
schon ohnedies schwer bedrückten Zeitungen die alle Ver-
pflichtungen übersteigenden Mehrkosten unmöglich allein zu
tragen vermögen. Die Zeitungsverleger werden selbst, so-
weit das noch in ihren Kräften steht, große Opfer bring-
en, aber einen Teil der unerträglichen neuen Lasten
bezügen und Anzeigenbestellern aufzulegen müssen. Mit
tiefem Bedauern stellt die Versammlung württembergischer
Zeitungsverleger fest, daß die Reichsregierung, welche die
Zeitungen durch von ihr veranlaßte Gesetze betr. die
Anzeigensteuer und die Erhöhung der Postgebühren, des
Frachtes, Telephon- und Telegramm-Gebühren in einer,
die Aufgaben und den Kulturwert der Presse völlig miß-
verachtender Weise schon schwer geschädigt hat, auch
diese offenbar schwerste Notlage, in die die Zeitungen jetzt
eintreten, wieder verkennt, indem sie Maßregeln ergreift,
welche die Lage weiter außerordentlich erschweren. Als
eine solche tief schädigende Maßregel betrachten die würt-
tembergischen Zeitungsverleger die pflichtliche, in eine Teil-
weiser Papierverwertung und völlig ungestörter post-
fischer und wirtschaftlicher Verhältnisse fallende Aufhe-
bung der Bewirtschaftung des Zeitungspapiers, in der ledig-
lich ein Ausfluß der Verdrängerung
über die von den deutschen Zeitungsverlegern eingenom-
mene Haltung ihr gegenüber zu erblicken ist. — In der
Versammlung schaffte sich die Empörung Luft, die in den
Kreisen der Zeitungsverleger über die neu eingetretenen
Verhältnisse herrscht, gegen die die angestrengtesten Be-
mühungen um Verständigung und Hilfe vergeblich gewesen
sind.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 26. April. (Schlachtviehmarkt.) Dem Dien-
stagmarkt am hiesigen Vieh- und Schlachtviehmarkt waren zugeführt
263 Ochsen, 33 Bullen, 939 Jungkinder, 577 Kühe, 460 Kälber
und 523 Schafe. Für 1 Ztr. Lebendgewicht wurden bezahlt: Och-
sen erste Qualität 650—720, zweite 450—600, Bullen erste 520
bis 570, zweite 420—500, Jungkinder erste 650—720, zweite
540—600, dritte 440—500, Kühe erste 520—600, zweite 350
bis 400, dritte 200—300, Kälber erste 730—770, zweite 650
bis 700, dritte 550—600, Schweine erste 1060—1100, zweite
1000—1040, dritte 850—950 M. Verkauf des Marktes: langsam

Vermischtes.

Automobilunfall. Auf der Straße zwischen Wehrle und
Hergau im Müggel stürzte ein aus Italien kommender Kraft-
wagen, der in einem kleinen Graben geriet, um und begrub
die drei Insassen unter sich. Alle drei wurden tot unter dem
Wagen gefunden. Die Verunglückten sind der Kaufmann Ernst
Wann, der Kaufmann Erich Wurm und der Brauereib-
besitzer H. Breunne, sämtlich aus Darmen.

Steuerhinterziehung. Gegen die Mitglieder des Vorstandes der
Waffenfabrikanten U.S. für Zellstoff und Papierfabrikation ist
eine Anklage wegen Steuerhinterziehung, Bilanzverschönerung
usw. eingeleitet worden. Wie die „Waffenfabriker Zeitung“ mit-
teilt, sollen im Geschäftsjahr 1920 Gewinne von rund 19 Mil-
lionen blanzmäßig nicht ausgewiesen sein.

Einer der eifrigsten Franzosenfreunde in der Pfalz, der frü-
here Bärenfabrikant N. L. in Landstuhl, wurde wegen
Steuerhinterziehung von 20 000 M. zu einer Geldstrafe von
400 000 M. verurteilt.

Eisenbahnräuber. Seit mehreren Monaten wurden auf der
Eisenbahnlinie von Hanau—Eberbach und Hanau—Wiesbaden Ei-
senbahnzüge bestohlen, oder mit Waffengewalt beraubt, wobei es wie-
derholt zum Gebrauch der Schusswaffen kam. Die Eisenbahn-
kriminalpolizei hat nun 12 der Räuber dingfest gemacht und
eine Anzahl Diebsteher, bis die geraubten Waren abmahnen, ver-
haftet. Die Waren, deren Wert mehrere Millionen beträgt,
wurden auch an Konsumverbraucher abgesetzt.

Das Gehalt der Beamten des Reichs. Der Anhaltische Land-
tag hat das Gehalt der weiblichen Beamten, also vornehm-
lich Lehrerinnen, dem Gehalt der männlichen Beamten gegenüber
um 20 Prozent erhöht.

Preis des Dänischen Meeres, ein Sohn des Prinzen Waldemar
und Vetter des englischen Königs, ist bis Januar 1923
aus der dänischen Marine beurlaubt worden, um die Füh-
rung des Handelskomplexes einer dänischen Schiffahrtsgesellschaft
zu übernehmen.

Die deutsche Einfuhr in Peru betrug im Jahr 1920 3 253 000
Tonnen mit einem Wert von 50 000 peruanischen Pfund (10
Millionen Goldmark).

Ein Geschäft der württembergischen Film, die auch in Amerika im-
mer mehr überhand nehmen, ist vom Senat in Washington an-
genommen worden. Das Gesetz bezieht die Vorführung derar-
tiger Filme in den Kinostädtern mit schweren Strafen.

Die Nähe für eine Frau. Der Krieg ist an den innerafrika-
nischen Teatralien nicht sparsam vorbeigegangen, und auch
dort herrscht Verwüstung in den wichtigsten Dingen. Wie Lord
Dunlop sagt in einem Vortrag in London, sind die Preise für
Frauen im dunklen Erdteil auf das Doppelte gestiegen. Wäh-
rend vor dem Krieg eine Frau vier Kühe kostete, muß man
jetzt acht Kühe anlegen, um sich ein Ehemann zu erziehen. Die
Ehemänner verkaufen daher ihre Kühe nicht mehr an die
Frauen, weil sie sie zu wichtigeren Dingen brauchen, es werden
vielmehr nur noch Kühe und Schafe an die Europäer ab-
gegeben.

Das Kaffee-Gebäude. Ein Armenier namens
Pascot erbaute vor 250 Jahren, 1671, in Marseille
ein Kaffeehaus, dem im nächsten Jahr ein solches in
Paris folgte. Das „Kaffeehaus“ hat sich in Europa
nur langsam eingebürgert. In Wien wurde 1683, in
München und Regensburg 1686, in Hamburg 1687 und
in Stuttgart 1718 ein Kaffeehaus eröffnet. Allerdings
war der Kaffee vorher nicht ganz unbekannt, schon 1624
brachten die Venezianer größere Mengen aus Vorder-
asien und Arabien nach Europa. Um 1650 soll das
Kaffeehaus in Unteritalien allgemein verbreitet gewesen sein.
Freiburg der Große machte den Kaffeehandel zum Staats-
monopol und legte hohen Gewinn darauf, damit das
Volk sich nicht an das Gift gewöhne, vor dem die Ärzte
warnten. Allgemein hat sich der Kaffee in Deutschland
erst im zweiten Viertel des 19. Jahrhunderts eingeführt.

Letzte Nachrichten.

WTB London, 26. April. Das deutsche Büro mel-
det aus Washington: Deutschlands Gegenwärtige
in der Reparationsfrage sind dem Staatsdepartement ein-
gegangen und, wie erwartet, dem Rat inett bei seiner re-
sponsiblen Stellung vorgelegt worden. Obwohl noch kein offi-
zieller Kommentar bekanntgegeben worden ist, glaubt man
doch, daß die Vorschläge einen günstigen Eindruck gemacht
haben.

WTB Washington, 27. April. (Reuter.) Hughes hat
die Reichsminister der alliierten Mächte nach Empfang der
deutschen Vorschläge eingeladen, mit ihm im Staatspar-
teiment zusammenzukommen. Es wurde erklärt, daß der
Zweck der Konferenz eine informelle Besprechung der deut-
schen Note war, aber in keiner Weise die diplomatische
Uebermittlung des deutschen Angebots durch die Regierung
der Vereinigten Staaten.

WTB Paris, 26. April. In der heutigen Sitzung
der Kammer gab Ministerpräsident Briand eine Erklärung
über die Besprechungen in Genua ab, wonach diese die be-
stimmten ersten Ergebnisse für Frankreich gezeigt hätten. Vor
dem 1. Mai soll eine Konferenz der Alliierten in London
stattfinden. — Bemerkenswert aus der Rede Briands ist die
Aussage, daß Deutschland habe sich zunächst an die Tschecho-
Slowakei, an die Schweiz und nach Rom um Vermittlung
gewandt, es sei aber zurückgewiesen worden. Schließlich
habe es die Vereinigten Staaten in der bekannten Weise
angewandt.

WTB Berlin, 26. April. Nach der Deutschen Allge-
meinen Zeitung wand sich eine Versammlung der Funktionäre
der Essener Arbeiter des deutschen Eisenbahnerbundes in
einer einstimmig gefaßten Erklärung gegen die Gewalt-
maßnahmen der Exekutive. Wie die Resolution erklärt, wür-
den bei Fortdauer der neuen von Deutschland angebotenen
Verständigung die organisierten Arbeiter Deutschlands zu-
sammen mit denen der ganzen Welt nicht eher ruhen, bis
die Hochpolitik der ganzen Entente an dem eingeschlossenen
Willen der Arbeiterschaft zerbricht.

WTB Berlin, 27. April. Im Anschluß an die gestrige
Reichstags-Sitzung fand eine gemeinsame Besprechung der Re-
gierungsparteien statt, in der beschlossen wurde, heute eine
gemeinsame Erklärung zu der Rede des Reichsministers
Dr. Simons abzugeben.

In der Erklärung wird, dem „Berliner Lokalanzeiger“
zufolge, zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung

sich bei ihrer Aktion auch weiterhin auf die Koalitionsparteien
stützen könne.

Bei den beiden sozialistischen Parteien hat nach den
Aussagen der Morgenblätter die Rede des Reichsministers
einen günstigen Eindruck gemacht, während sich die Deutsch-
nationalen ihr gegenüber völlig ablehnend verhalten.

WTB Berlin, 28. April. Eine Antwort aus Amerika
auf die deutsche Reparationsnote ist nach den Informationen
der Morgenblätter im Laufe des gestrigen Abends bei den
Berliner amtlichen Stellen noch nicht eingetroffen.

WTB Berlin, 27. April. Das „Berliner Tageblatt“
bringt eine Reihe von Mitteilungen aus Weimar über
eine weitere Verschärfung der Verkehrsregeln an der
neuen Zollgrenze. Auf dem Güterbahnhof Dersdorf bei
Dörfelitz warten über 300 Waggons auf Verzollung. Auf
allen Stationen herrscht größte Verwirrung, da sich weder
die fremden noch die deutschen Zollbeamten in den Ver-
stimmungen mehr auskennen. Seitens der Kölner Eisenbahn-
direktion wurden weitere Beschränkungen des Güterverkehrs
angeordnet. Der Bahnhof von Worms ist für den Empfang
von Gütern aus dem unbesetzten Gebiet vollständig gesperrt.
Desgleichen nimmt die Güterabfertigung in Mannheim keine
Güter mehr entgegen. Im Mainzer Bezirk ist die Zahl der
unabgefertigten Waggons auf 5000 angewachsen. Im
pfälzischen und badiischen Güterverkehr nimmt die Verstopfung
weiter zu.

WTB Berlin, 27. April. Blättermeldungen aus Halle
zufolge ist mit der Ausweisung von in Mitteldeutschland
bisherigen verdächtigen Ausländern begonnen worden. In
Pöppitz im Kreis Merseburg, wo eine große Anzahl Aus-
länder angemeldet war, wurden 20 von ihnen, vornehmlich
Russen, durch die Schutzpolizei festgenommen und nach dem
Sammellager in Quebinburg gebracht.

WTB Innsbruck, 27. April. Bei der Abstimmung
erklärte sich von 146 468 abgegebenen Stimmen 141 342
für und 1794 gegen den Anschlag Tirols an Deutschland.
Demnach stimmen 98,59 Prozent für den Anschluß.

WTB Turin, 27. April. (Siefani.) Wegen Erwörung
eines Fasziisten durch einen Kommunisten stießen Fasziisten
die Arbeitskammer in Brand und wechselten Schüsse mit
den Kommunisten. Dabei wurden 2 Fasziisten getötet. Die
Feuermehr löste den Brand.

Infolge des Brandes in der Arbeitskammer haben die
Arbeiter einige Betriebe besetzt. Das Personal der Straßen-
bahn hat die Arbeit niedergelegt.

WTB Rom, 27. April. Graf Sforza wird am Don-
nerstag nach London reisen, um Italien beim Obersten Rat
zu vertreten.

WTB London, 27. April. Gestern begann im Polize-
gericht von Bowstreet die Vernehmung der 13 britischen
Zeugen, die sich nicht zu den Ende Mai in Leipzig statt-
findenden Verhandlungen gegen die deutschen Kriegsschul-
digen begeben können. Der erste zur Verhandlung kommende
Fall war der des Hauptmanns der Reserve Müller, der
kurze Zeit Kommandant des Gefangenenlagers Flang-le-
Martel war, ein sormals feindlicher Logis, das bei der
Märzoffensive 1918 in deutsche Hand fiel. Hauptmann
Müller wird der Mißhandlung von Gefangenen beschuldigt
und für die schlechten sanitären Verhältnisse des Lagers von
Flang-le-Martel verantwortlich gemacht. Von deutscher Seite
nahmen an den gestrigen Verhandlungen teil: Rechtsanwalt
Dr. Felsenberger aus Leipzig für die deutsche Regierung und
die Anwälte Dr. Schöndor und Dr. Windmüller aus Frank-
furt a. M. als Verteidiger der Beschuldigten. Die Zeugen
wurden von einem Vertreter der britischen Regierung ver-
nommen und von den Verteidigern der deutschen Beschuldi-
gten in Kreuzverhör genommen. Die Zeugenvernehmung
wird heute fortgesetzt.

WTB Berlin, 27. April. Wie die Blätter mitteilen,
wird den Bräuereien vom 1. Juni ab Vollkorn mit einem
Stammwürzgehalt von über 8 Proz. herzustellen gestattet
werden und zwar zur Höchstmenge von 23 Proz. des von
ihnen in der Zeit vom 1. Oktober 1920 bis 30. September
1921 im Inland insgesamt abgesetzten Bieres.

Wirtschaftliches Wetter.

Trotz des starken Hochdrucks im Norden und Nordwesten
machen sich bei uns noch leichte Störungen bemerkbar. Am
Donnerstag und Freitag ist nur vorübergehend aufheitendes,
vorwiegend nachkaltes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Hubert Paul.

Was jeder Steuerzahler kennen muß!

Gesetz

zur Änderung des Einkommensteuergesetzes.

Vom 24. März 1921.

Preis M. 1.20.

Abzüge

bei der Einkommensteuer.

Alphabetische Zusammenstellung der wichtigsten Abzüge
bei der Einkommensteuer-Veranlagung.

Von J. Kleinan.

Nach der Novelle vom 24. März bearbeitet und mit
Steuerberechnungen versehen.

Preis M. 7.—

Zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung, Altensteig.

Ämliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung betreffend die Aufnahme von
Böglingen in die Ackerbauhöfen.

Nach einer Bekanntmachung der Zentralstelle für die
Landwirtschaft wird am 1. Oktober d. J. eine Anzahl von
Böglingen in die Ackerbauhöfen zu Hohenheim, Kirchberg,
Ellwangen und Ohrenhausen aufgenommen. Die aufzunehmenden
Jünglinge, die das 17. Lebensjahr zurückgelegt haben
müssen, haben sich spätestens bis 15. Juni d. J. bei dem
Schulvorstand derjenigen Ackerbauhöfe, in welcher sie auf-
genommen werden wollen, anzumelden.

Näheres ist im Staatsanzeiger Nr. 92 vom 22. April
d. J. ersichtlich, welcher bei den Schultheißenämtern ein-
gesehen werden kann.

Nagold, den 25. April 1921. Oberamt: Müng.

Die Maul- und Klauenseuche in Effringen ist erloschen.
Die angeordneten Schutzmaßnahmen sind aufgehoben.

Effringen ist nun in den 15-Kilometer-Umkreis einbezogen.

Nagold, den 27. April 1921. Oberamt: Müng.

Jugendamt Nagold.

Die Stelle des Amtsvormunds, der zugleich das
Amt des Geschäftsführers des Jugendamts zu besorgen hat,
ist im Hinblick zu besetzen. Geeignete Bewerber werden ein-
geladen, ihre Gesuche unter Anschlag der nötigen Ausweise
und der Schilderung ihres Lebenslaufs und Bildungsgangs
binnen 8 Tagen beim Jugendamt einzureichen. Die Be-
lohnung wird nach der Körperchastatsbesoldungsordnung ge-
regelt. Soweit Gesuche bereits im vorigen Jahr eingereicht
wurden, ist eine Mitteilung erwünscht, ob sie noch aufrecht
erhalten werden.

Nagold, den 26. April 1921.

Oberamtmann Müng.

Handwerkerbank Altensteig

eingetragene Genossenschaft mit unbeschr. Haftpflicht.

Einladung

zur

Generalversammlung

auf Sonntag, den 1. Mai ds. Js., mittags 3 Uhr
in das Gasthaus zum „Grünen Baum“ hier.

Tagesordnung:

1. Bericht und Rechnungsvorlage über das Geschäftsjahr
1920 an: Entlastung des Vorstandes.
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns.
3. Entgegennahme des Berichts über die von Verbands-
revisor Schumacher am 14. und 15. April ds. Js.
vorgenommene Revision unserer Genossenschaft.
4. Festsetzung des Höchstbetrages, bis zu welchem fremde
Gelder angenommen werden dürfen.
5. Ergänzungswahl für das verstorbene Aufsichtsratsmit-
glied Fritz Steiner.
6. Beschlussfassung über die Umwandlung unserer Ge-
nossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftpflicht
und die Kenderung der Firma in Gewerbebank Alten-
steig eingetragene Genossenschaft mit beschränkter
Haftpflicht.
7. Beschlussfassung über Statutenänderungen, insbesondere
der mit der Haftpflicht zusammenhängenden Satzungen,
sowie Festsetzung der Höhe des Geschäftsanteils und
der Haftsumme.

Der Rechenschaftsbericht ist zur Einsicht der Genossen im
Banklokale aufgelegt.

Altensteig, den 30. April 1921.

Vorstand:

Bucherer, Burghard, Wegger.

Altensteig.

Prima Haser-Melasse
prima Meien-Melasse
Brockmann's Futterkalk
Knorr's Hundekuchen
Bubek's Hundekuchen
empfiehlt zu billigsten Tagespreisen
Fritz Bühler jr.

Altensteig.

Reifig- Verkauf.

Am Freitag, den 29.
ds. Mt., nach 2 Uhr
kommen bei der Pflanz-
stätte zum Verkauf

38 Reifig-Lose

von der Brandfläche in Ab-
teilung 3 und 9.

Stadt Forstverwaltung.

Altensteig.

Schweine- schmalz

bestes amerikanisches

1 Pfund Mk. 12.—
bei 5 „ 11.75
„ 10 „ 11.50

Pflanzenfett (Cocos-
fett)

offen 1 Pfund Mk. 11.—
in 1 Pfd. Tafeln Mk. 11.50

empfiehlt von frischen Sen-
dungen

Chr. Burghard jr.

Geschlechts-

krank jeder Art (Harnröhren-
leiden frisch u. spez. veraltet,
Syphilis, Manneschwäche,
Weißfluss) wenden sich ver-
trauensvoll an Dr. Dammann
Hollanstraße Berlin E. 303
Potsdamerstr. 123 B. Sprech-
stunden: 9—11 u. 2—4, Sonn-
tags 10—11 Uhr. Belehrende
Broschüre mit zahlreichen
freiw. Dankschr. und Angabe
bewährter Heilmittel (ohne
Quecksilber u. andere Gifte,
ohne Einspritzung, ohne Be-
rührstör.) geg. 1. Mk. diskret
in versch. Kuvert ohne Absend.
Leiden genau angeben.

Wetterdenk.

Rohrdorf: Friedrich Dengler,
Bauer, 70 J. alt



Schwarzwald-Drogerie
Altensteig Telefon 41

empfiehlt

RAD-JO

ein Segen für werdende Mütter
für leichte und schmerzlose Ent-
bindung,

sowie sämtliche Artikel für
Wöchnerinnen, Säuglings- u.
Krankenpflege.

Wollene Kleider- und Kostümfstoffe

einfache bis beste Qualitäten
in reichem Farbensortiment.

Die Preise sind dem Rückgang der Wolle angepasst.

Christian Schwarz, Nagold Bahnhof-
straße.

Kaufen Sie



bestes

Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Ausschließliche Lieferanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Die drei Hauptpunkte

beim Einkauf sind:

gute Ware

reelle Bedienung

billigste Preise

Dieses alles bietet Ihnen in jeder Weise die Firma

Chr. Raaf Nachf. M. Schloss in Nagold

Sie finden daselbst:

1a reinwollene Kleiderstoffe
1a Hemdenflanelle
1a Unterrockflanelle
1a Schürzenzeuge
extra starke Arbeitshosen
Sommerjuppen
und sonst vieles mehr.

Chr. Raaf Nachf. M. Schloss in Nagold (neben Berg
& Schmid).

Altensteig.

Brenn- spiritus

ist zu haben bei

Karl Heussler sen.

Frauenarbeitschule Altensteig.

Wiederbeginn des Unterrichts

am Montag den 2. Mai.

Die Lehrerin: B. Neef.

Fertige nur beste
Schürzen Stoffe!
nur prima
Verarbeitung! Hans
Schmidt

DROGEROL das Beste für Schweine



Verhütet unbedingt das Krummwerden. Regt die Fresslust
an. Drogerol ist ein Phosph.-Kalk-Präp., daher mit anderem
Futterkalk nicht zu verwechseln. Zahlreiche Anerkennungs-
schreiben zeugen von der Güte. Paket ca. 2 Pfd. Mk. 4.—.

Alein. Hersteller: Gobr. Benz, Nagold

Zu haben bei: Chr. Burghard jr., Altensteig.

Mayer's Conversations-Lexikon

6. Auflage. 24 Bände.

zu kaufen gesucht.

Offerten an J. Panke, Buchhandlung, Wildbad.

Inserate haben in unserer Schwarzwälder Tages-
zeitung „Aus den Tannen“ besten Erfolg.